

**Werden Sie dafür eintreten, dass alle neuen Investitions- und Handelsverträge der EU sanktionsbewehrte Bestimmungen zu Menschenrechten, Umwelt- und Klimazielen enthalten, dass Antikorruptionsklauseln eingearbeitet sind und Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit hergestellt wird?**

Ja. Handels- und Investitionsabkommen sollen dem Wohlstand aller Menschen dienen und Umwelt- und Klimaschutz sowie die Einhaltung der Menschenrechte einfordern und die Beziehungen mit unseren Partner\*innen im Einsatz für Demokratie und Freiheit stärken. Sie müssen demokratisch und transparent für die Öffentlichkeit zustande kommen. Wir GRÜNE wollen in EU-Handelsverträgen deshalb verbindliche und durchsetzbare Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards verankern und Marktöffnungen im Dienstleistungsbereich grundsätzlich nur in Positivlisten regeln. Das Pariser Klimaschutzabkommen sowie ILO-Kernarbeitsnormen wollen wir zur Bedingung und einklagbar machen, auch für bereits verhandelte Abkommen. Das europäische Vorsorgeprinzip ist in den Abkommen stets zu wahren. Gute Handelspolitik muss die kommunale Daseinsvorsorge und die Möglichkeit der Rekommunalisierung ausreichend schützen.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland zur Bekämpfung der Corona-Pandemie die Forderung nach Aussetzung der geistigen Eigentumsrechte auf Impfstoffe und medizinisches Material (Trips Waiver) unterstützt?**

Wir GRÜNE haben die ablehnende Haltung der Bundesregierung kritisiert. Wir wollen, dass international alle Maßnahmen ergriffen werden, die einen schnellstmöglichen Zugang insbesondere zu bezahlbaren Generika ermöglichen. Dies soll insbesondere, wenn auch

nicht ausschließlich, durch die vollumfängliche Anwendung der im Welthandelsrecht (WTO, TRIPS-Abkommen) festgeschriebenen sogenannten TRIPS-Flexibilitäten zum Schutz und der Förderung der öffentlichen Gesundheit erreicht werden. In Freihandelsabkommen der EU dürfen keine so genannten TRIPS+-Bestimmungen, wie beispielsweise verlängerte Patentlaufzeiten oder Datenexklusivität, festgeschrieben werden. Medikamente und Impfstoffe müssen in allen Ländern erschwinglich und zugänglich sein, das Patentrecht muss entsprechend flexibel sein. Monopole auf geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen Schutzmaterialien, Impfstoffen und Arzneimitteln nicht versperren.

**Werden Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung für mehr Transparenz zu Handelsfragen in den EU-Gremien sorgen? Stehen Sie dafür ein, dass die neue Bundesregierung ihre dort vertretenen Positionen – inklusive der Haltung zu Investitions- und Handelsabkommen – öffentlich darlegt?**

Wir GRÜNE wollen uns dafür einsetzen, dass das EU-Parlament über eine inter-institutionelle Vereinbarung in die Entscheidungen der Ausschüsse zu Vertragsfortentwicklung transparent eingebunden wird. Zudem müssen die nationalen Parlamente von Anfang an transparent über europäische Handelsfragen informiert werden. Dazu gehört auch, dass die Bundesregierung ihre Haltung zu Investitions- und Handelsabkommen öffentlich darlegt. Vertragstexte für EU-Handels- und Investitionsabkommen müssen von Beginn der Verhandlungen an öffentlich zugänglich gemacht werden. Die mangelnde Transparenz der jetzigen Bundesregierung haben wir zum Beispiel beim EU-China-Investitionsabkommen stark kritisiert.

**Der Energiecharta-Vertrag (ECT) ermächtigt Energiekonzerne, mit Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) den Ausstieg aus fossilen Energien auf Jahrzehnte zu behindern und den Klimaschutz um Milliardenbeträge zu verteuern. Halten Sie eine solche Machtfülle in den Händen von Konzernen für richtig?**

Nein. Investitionsschutzabkommen wie der Energiecharta-Vertrag sind ein Relikt der Vergangenheit. Das Abkommen bedroht mit seinen Klageprivilegien für Investoren die Energiewende in vielen Staaten, wie zuletzt die Klage des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall gegen den vom Deutschen Bundestag beschlossenen deutschen Atomausstieg, die jetzt mit einem Kompromiss von 2,4 Milliarden Euro zu Lasten der Steuerzahlenden beendet wurde; oder wie die Klagen von RWE und Uniper gegen den niederländischen Kohleausstieg zeigen. Der Vertrag gefährdet damit auch die Ziele des Europäischen Green Deal. Die EU und die Mitgliedstaaten sollten deshalb aus dem Energiecharta-Vertrag aussteigen.

**Über eine Million Bürger\*innen und mehr als 400 zivilgesellschaftliche Organisationen aus den Energiecharta-Vertragsstaaten haben sich für den Ausstieg aus dem ECT-Vertrag ausgesprochen. Werden Sie sich dieser Forderung anschließen?**

Ja. Wir GRÜNE wollen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten aus dem vollkommen aus der Zeit gefallen und klimaschädlichen Energiecharta-Vertrag aussteigen, auch um die Ziele des Green Deal der EU nicht zu gefährden. Mit einer gemeinsamen Erklärung sollen die EU-Mitgliedstaaten dafür sorgen werden, dass die Regelungen des Vertrags zwischen den EU-Staaten nicht mehr angewendet werden und den Investorenklagen auf Basis des Energiecharta-Vertrags zwischen EU-Staaten ein Ende gesetzt wird.

**CETA untergräbt die Demokratie. CETA-Ausschüsse können ohne parlamentarische Beteiligung Beschlüsse zu zentralen Vertragsinhalten fassen, die für die EU-Staaten verbindlich sind. Was werden Sie in der neuen Legislaturperiode gegen diese Entmachtung der Parlamente tun?**

CETA ist kein Musterabkommen für den Außenhandel der EU. An den derzeit vorläufig angewendeten Teilen von CETA üben wir erhebliche Kritik. Es fehlen wesentliche Regelungen etwa zum Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge, des Vorsorgeprinzips und für die demokratische Kontrolle. Wir GRÜNE wollen das Abkommen deshalb gemeinsam mit Kanada weiterentwickeln und dadurch neu ausrichten. Insbesondere die demokratische Kontrolle bei der regulatorischen Kooperation wollen wir verbessern. Hier muss das Europaparlament künftig besser eingebunden werden. Generell wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen sicherstellen, indem das Europaparlament über eine inter-institutionelle Vereinbarung in die Entscheidungen der Ausschüsse zu Vertragsfortentwicklung transparent eingebunden wird.

**Im CETA sind die Pariser Klimaziele nicht verankert. Das Geschäft mit fossilen Energien wird bereits jetzt schon durch ein zwischenstaatliches Schiedsgericht geschützt und nach der Ratifizierung auch durch Investorenklagerechte (ICS). Werden Sie gegen die Ratifizierung von CETA stimmen?**

Wir werden das CETA-Abkommen in seiner jetzigen Fassung nicht ratifizieren, auch um sicherzustellen, dass die gefährliche Investor-Staat-Schiedsgerichte nicht zur Anwendung kommen. Wir GRÜNE setzen uns für faire Regeln für Handelsabkommen ein, die Klima-, Umwelt- und

Sozialstandards zu ihrem Kern machen.

Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechtsschutz müssen einklagbar und durchsetzbar gemacht werden, dazu zählt auch das Pariser Klimaabkommen. Gleichzeitig wollen wir Sonderklagerechte für Investoren beenden. Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein, vor dem alle Betroffenen klagen können.

**Das EU-Mercosur Abkommen steht vor allem wegen seiner Auswirkungen auf das Klima, die biologische Vielfalt und die Menschenrechte in der Kritik. Teilen Sie diese Kritik und werden Sie sich auf EU- und Bundesebene gegen die Ratifizierung des Abkommens einsetzen?**

Das Abkommen der EU mit dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur wird dem Anspruch der EU an ökologisch nachhaltig und sozial gerecht gestalteten Freihandel nicht gerecht und hat negative Auswirkungen auf die Umwelt und Ernährungssouveränität. Wir GRÜNE lehnen es in seiner jetzigen Form deshalb ab. Das EU-Mercosur-Abkommen versagt in der derzeitigen Form nicht nur darin, Regelungen zu Klimaschutz und Menschenrechten verbindlich festzuschreiben, sondern befeuert sogar noch die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes und zerstört die natürliche Lebensgrundlage der indigenen Gemeinschaft. Wenn das Abkommen eine Zukunft haben soll, reichen unverbindliche Zusatzerklärungen zum Schutz des Amazonas nicht aus. Nachhaltigkeit und der Schutz der Rechte von Indigenen müssen in den gesamten Text verbindlich und sanktionierbar integriert werden.